

ken — werden die mitteldeutschen Rentner nun gen Westen geschickt.

Die Ost-„Berliner Zeitung“ schrieb: „Wenn heute westdeutsche Regierungsstellen und andere Behörden Besuchern aus der DDR im Rentenalter 30 Mark in die Hand drücken wollen, so wäre das, selbst wenn das Zehnfache angeboten würde, nur ein ganz, ganz winziger Bruchteil dessen, was sie jedem einzelnen DDR-Bürger schuldig sind.“

## SCHULEN

### BUNDESLÄNDER

#### Tüten im August

Vor zehn Jahren, im Juli 1954, waren sich — mit einer Ausnahme — die deutschen Kultusminister einig: Das Schuljahr sollte fortan in allen Bundesländern am 1. April beginnen.

Im Oktober 1964 waren sich — mit einer Ausnahme — die Kultusminister wiederum einig. Nur entschieden sie sich

Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten die britischen Besatzer den Herbst-Termin — in Großbritannien längst Tradition — in Deutschland für NS-verdächtig: In der britischen Zone wurde die Einschulung zu Ostern befohlen.

Im August 1948 einigten sich die Kultusminister der Westzonen fast einmütig darauf, daß diese Regelung auch dem deutschen Volkswillen entspreche. Ende 1953 gab es nur noch ein einziges Bundesland, in dem Zeugnisse vor den Sommerferien verteilt wurden: Bayern.

1954 empfahlen die nichtbayrischen Kultusminister eine bundesdeutsche „Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens“, die in Wirklichkeit allein auf Bayern gemünzt war: Der Schulbeginn solle einheitlich auf den 1. April festgesetzt werden.

Wie zehn Jahre später Hamburgs Bürgermeister Nevermann, ging damals Bayerns Ministerpräsident Wilhelm Hoegner zunächst in die Opposition; stimmte aber schließlich dem Beschluß „schweren Herzens“ zu. Doch der bayri-

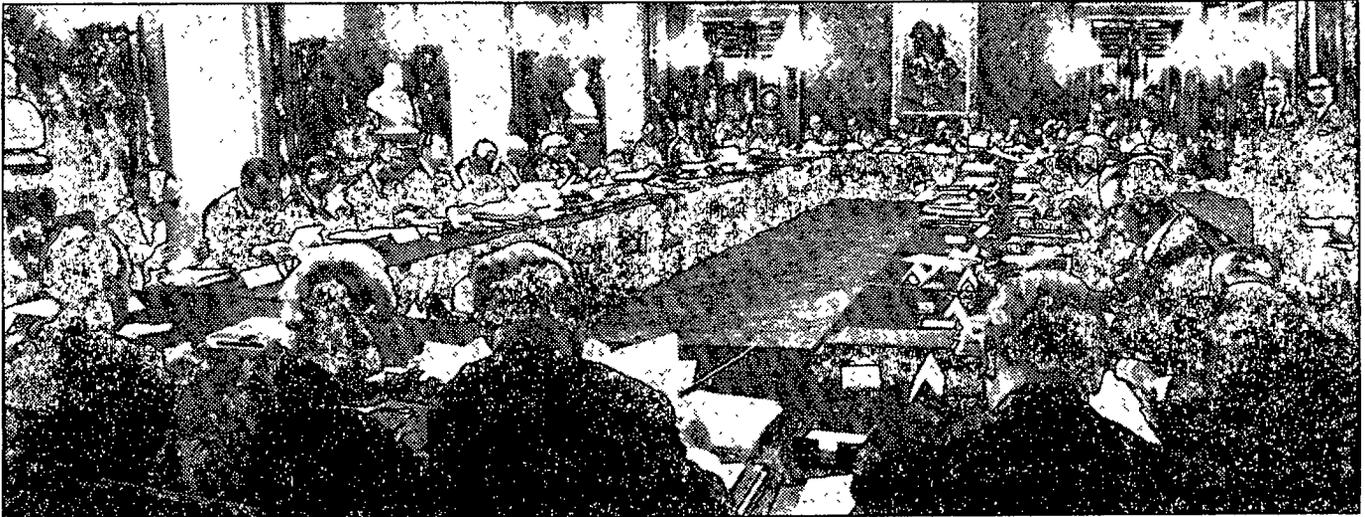
zwei verschiedene pädagogische Ansichten und Lehrmethoden“ aufeinander:

▷ Die Oster-Partei will das Hoch zwischen September und Weihnachten in die zweite Hälfte des Schuljahres legen, damit die Kinder sich auf die Prüfungen konzentrieren können.

▷ Die Herbst-Partei hingegen will die herbstliche Leistungskraft der Schüler nutzen, um ihnen im ersten Teil des Schuljahres den Hauptteil des Stoffes zu vermitteln.

Es komme — so ein enragierter Herbst-Befürworter namens Grimm, Oberstudiendirektor in Tutzing — darauf an, daß „der Lehrer sein Urteil in konstanter Arbeit mit den Schülern“ gewinne. Die „Vorherrschaft der schriftlichen Arbeiten“ müsse gebrochen werden, weil sie „für die Lehrer eine entsetzliche und geistestötende, zeitraubende Last und für die Schüler eine unerhörte nervliche Belastung“ seien.

Erleichterung verhiess ein Reformier namens Schuh, Oberstudiendirektor in München, auch in anderer Hinsicht:



Ministerpräsidenten-Konferenz in Hamburg: Im Hochsommerdoppeltief ohne seelischen Druck

für einen Termin, den sie 1954 noch abgelehnt hatten: Das Schuljahr soll fortan in allen Ländern am 1. August beginnen.

Die Kehrtwendung wurde am Dienstag vergangener Woche von allen elf Länder-Chefs beschlossen. Hamburgs Bürgermeister Paul Nevermann hatte zunächst noch das Frühlings-Datum verteidigt und war dabei sogar von den Ministerpräsidenten Altmeier (Rheinland-Pfalz) und Röder (Saar) unterstützt worden, stimmte dann aber wie alle anderen für den Schulbeginn im Herbst. Nevermann: „Der Klügere gibt nach.“

In Wahrheit aber haben sich in dem jahrzehntelangen Streit um das deutsche Schuljahr nicht Hamburger, sondern Sachsen und Bayern als die Klügeren erwiesen.

Schon 1906 hatten Deputierte der Zweiten Sächsischen Ständekammer und Funktionäre des sächsischen Lehrervereins gefordert, den Schuljahresbeginn in den Herbst zu legen; doch die Ostertüten blieben.

Erst als Kaiser und Könige gegangen waren, entschied sich die sogenannte Reichsschulkonferenz 1920 für den Herbst. Zwei Jahre später hieß es wieder: Ostern — 1941 abermals: Herbst.

sche Landtag lehnte eine Änderung des bayrischen Schuljahres ab.

Anpassungsfreudiger waren die Saarländer, die bald nach der Eingliederung in die Bundesrepublik 1957 den Schulbeginn vom Herbst auf den Frühling verlegten.

Zu dieser Zeit aber hatte in den deutschen Stammländern schon eine Debatte über den besten Termin begonnen. Und die Bayern, kurz zuvor noch als Außenseiter geschmäht, wurden allenthalben als Avantgardisten gelobt.

Einig waren sich die Fachleute darüber, daß die beste Arbeitszeit für Schulkinder in den Monaten September bis Dezember liegt. „Die Jahreskurve der jugendlichen Leistung“, so hatte schon 1939 der Psychologie-Professor Willy Hellpach festgestellt, „enthüllt uns... ein körperliches und geistiges Tief im Hochsommer, ein körperliches und geistiges Hoch im Frühwinter; ein körperliches Hoch mit einem geistigen Tief im ganzen Frühling, schon im Spätwinter sich anbahnend und in das Hochsommerdoppeltief einmündend.“

Aus den Ergebnissen der Hoch- und Tief-Forschung wurden jedoch unterschiedliche Schlüsse gezogen. Dabei stießen, wie die Ständige Konferenz der Kultusminister feststellte, „im Grunde

„Die Sommerferien würden zur natürlichen Grenze zwischen zwei Schuljahren“, und habe „der Schüler versagt, so braucht die Ungewißheit nicht durch die ganze Sommerzeit geschleppt zu werden; hat er bestanden, so ist seine Befriedigung um so berechtigter. In jedem Fall ist ein seelischer Druck verschwunden“.

Als 1962 die CDU-Frakturen aller Landtage für eine Änderung der Schuljahreszeiten plädierten, verbreitete sich die Hoffnung auf den Herbst zusehends. Sogleich stimmten die Lehrer-Gewerkschaft, der Philologenverband und mehrere Kultusminister zu, darunter der damals amtierende SPD-Voigt von Niedersachsen und dessen hessischer Parteifreund Schütte.

Und Bremens SPD-Bildungssenator Dehnkamp hielt es nicht länger für angemessen, die jungen Deutschen zum selben Termin wie Panamesen, Thailänder und Peruaner statt zur selben Zeit wie fast alle Kinder zwischen Golf von Biskaya und Ural einzuschulen. Dehnkamp: „Wer Europa will, muß auch den gemeinsamen Schulanfang im Herbst bejahen.“

Im sonst weltoffenen Hamburg war man anderer Meinung. Hauptargument: Die Änderung der Termine würde das

Ende der sogenannten Freiluftziehung bedeuten. Hamburgs Schüler seien vor allem daran gewöhnt, etwa zweijährlich eine ein- bis zweiwöchige Klassenfahrt gerade in den Jahreszeiten zu unternehmen, die künftig mit den ersten Unterrichtswochen (im August/September) oder mit Prüfungen (im Mai/Juni) belastet werden sollen.

Nur „um der Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens willen“ (Hamburgs Schulsenator Dr. Drexelius stimmte Hamburgs Bürgermeister in der vergangenen Woche der Neuregelung zu. Schaltjahre für die Umstellung: 1966 und 1967,

Der Anschluß an Europa wird allerdings auch dann noch immer nicht herbeigeführt sein. In fast allen Ländern des Kontinents sind die Sommerferien erheblich länger als in der Bundesrepublik.

120 Sommerferien-Tage wie in Italien, 92 wie in Finnland oder auch nur 62 wie in Belgien, Holland und Irland bleiben vorerst ein deutscher Pennäler-Traum. In der Bundesrepublik sind 40 (Bremen) bis 49 Tage (Nordrhein-Westfalen) weiterhin genau.

## FIRMEN

### BRAUN AG

#### Magisches Rechteck

Seit Jahren war kein Wertpapier an der Frankfurter Börse so stürmisch gefragt wie die Vorzugsaktie der Elektrofirma Braun AG, die am Dienstag vergangener Woche in den Freiverkehr eingeführt wurde. Den zum Kurs von 380 ausgegebenen Aktien über vier Millionen Mark Nennwert standen Kauf-Orders in Höhe von mehr als 45 Millionen Mark gegenüber.

Der stürmische Andrang war um so erstaunlicher, als die Braun-„Vorzüge“ den Nachteil haben, stimmrechtlos zu sein. Immerhin gestatteten sie es Kennern, Teilhaber einer Firma zu werden, die als stilprägend bekannt ist und ein außerordentliches Expansionstempo angeschlagen hat.

Im soeben abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte sich ihr Umsatz um 26 Prozent — von 114 auf 145 Millionen Mark. Die gesamte Braun-Gruppe, zu der 23 Firmen zwischen Toronto und Jokohama gehören, steigerte ihre Verkäufe von 139 auf 173 Millionen Mark.

Vor allem aber hat sich auch die Ertragslage „dementsprechend sehr günstig entwickelt“, betont Vorstandsvorsitzer Dr. Rudolf Gros, 43. Eine Dividende von „wieder mindestens 14 Prozent“ auf das inzwischen verdoppelte Aktienkapital von 24 Millionen Mark sei sicher.

Dieser Aufschwung geht auf das Konto eines recht jungen Vorstandsteams. Das Durchschnittsalter des fünfköpfigen Direktoriums ist 42 Jahre. Die Aufsichtsratsvorsitzer Erwin und Artur Braun gehören den Jahrgängen 1921 und 1925 an.

Als die beiden Brüder nach dem Tod ihres Vaters Max Braun 1951 die 30-jährige Firma übernahmen, setzte sie erst 14 Millionen Mark um. Ihre Rundfunkempfänger waren damals nicht anders als die der Konkurrenz. Auch neu herausgebrachte andere Artikel unterschieden sich in nichts von den Produkten konkurrierender Firmen: der Elek-



Braun-Geschäftsleitung\*, Gast: Stilvoll an die Börse

tro-Rasierer, das Multimix-Küchengerät oder der Elektronen-Blitzer für Photo-Amateure.

Auch die Umsätze hielten sich im branchenüblichen Rahmen. Sie wuchsen in den Jahren 1952 und 1953 langsam auf 17 und 23 Millionen Mark. Dann plötzlich steigerte sich der Verkauf um jährliche Zuwachsraten von elf und 17 Millionen Mark.

Der Impuls dazu sei „eigentlich dem SPIEGEL zu verdanken“, erinnert sich Dr. Gros. In den Heften von 1953 und 1954 hatten Erwin und Artur Braun Hinweise darauf gefunden, daß gehobene Verbraucherschichten der aufgeblasenen Pracht der Möbelkonfektion überdrüssig waren und sich nach schlichtem und zweckgerechtem Inventar sehnten.

Betroffen nahmen die Brauns daraufhin ihr eigenes Rundfunkgerät näher in Augenschein und fanden es schließlich selbst greulich: Ein voluminöser Kasten, der eher einem Kultgegenstand glich,

mit Goldleisten herausgeputzt, feierlich wie ein Tabernakel.

Erwin Braun bat sogleich den Dr. Fritz Eichler um Rat, der ihm einst als Heeresfunkler begegnet war. Kriegskumpel Eichler hatte damals statt des Marschallstabs einen Katalog des New Yorker „Museum of Modern Art“ im Tornister getragen und den um zehn Jahre jüngeren Braun mit ausgiebigen Berichten über die Stilbestrebungen des Dessauer „Bauhauses“ beeindruckt. Jetzt sollte er das Produktionsprogramm der Brauns von allem Schwulst befreien.

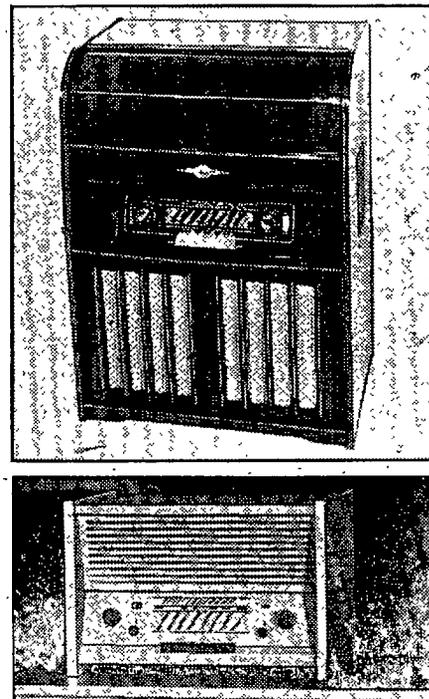
Eichler gab seine Münchner Kintopp-Karriere („Hab Sonne im Herzen“) ohne Schmerz auf und eilte nach Frankfurt: „Es ist besser, gute Gebrauchsgegenstände zu entwickeln als schlechte Filme zu machen.“ Er ist heute im Aufsichtsrat das „ästhetische Gewissen“ der AG.

Fritz Eichler stellte sich die modernen Konsumenten als „sympathisch vor, intelligent und natürlich, mit Gefühl für Echtheit und Qualität. Menschen also, deren Wohnung keine Bühnendekoration für unerfüllte Wunschträume darstellt, sondern einfach ist, geschmackvoll, praktisch und sogar gemütlich“.

Diesen Vorstellungen entsprach der 1954 entwickelte Rundfunkempfänger von Braun. Er war im Jargon der Industrieformer „anständig“. Auf der Düsseldorf-Fachausstellung freilich höhnlachte die Branche über den kahlen „Kubismus“ des Braun-Radios und verspottete es als „Kaninchenstall“. Viele hielten die jungen Brauns schlicht für „verrückt“.

Immerhin fanden sich genügend Liebhaber solch „kühl-sachlicher Eleganz, der es offenbar um ein präzises Abwägen der Maßverhältnisse und um plastische Wirkungen geht“, wie der Berliner Professor Walter Rosow, Vorsitzender des Deutschen Werkbundes Berlin, konstatierte. Nicht unbeträchtlich war vermutlich auch jener Teil der Braun-Kundschaft, der sich in rechteckigen Möbeln einquartierte, um als modern zu gelten.

Der Erfolg ermutigte die Brauns, auch Küchenmaschinen und Rasierer nach ihren Ideen umzugestalten. Im Jahre 1957 griffen Architekten von Weltruf, wie Alvar Aalto und Walter Gropius, ohne Zutun der Firma zu Braun-Gerä-



Braun-Radios alt (o.), neu Grand Prix für den Kaninchenstall

\* Erwin (3. v. r.) und Artur Braun, Dr. Eichler.